

46-676v

Geschäfts-Ordnung

für die

Repräsentanz

der Prager

israelitischen Cultus-Gemeinde.

Angenommen mit Sitzungsbeschluß vom 10. September 1865.

Prag, 1865.

Druck von S. Freund's Witwe u. Comp. lange Gasse, Nr. 922—1.

46-676v

Geschäfts-Ordnung

für die

Repräsentanz

der Prager

israelitischen Cultus-Gemeinde.

Angenommen mit Sitzungsbeschluß vom 10. September 1865.

Prag, 1865.

Druck von S. Freund's Witwe u. Comp. lange Gasse, Nr. 922—1.

I. Abtheilung.

§. 1.

Alle in den Wirkungskreis der Prager israelitischen Cultusgemeinde gehörigen Angelegenheiten werden nur von der israelitischen Cultusgemeinde-Repräsentanz berathen und endgiltig beschlossen.

§. 2.

Die israelitische Cultusgemeinde-Repräsentanz entscheidet über alle in ihren Wirkungskreis gehörigen Angelegenheiten in Sitzungen, zu welchen sämtliche Mitglieder der Repräsentanz unter Mittheilung der Berathungsgegenstände einzuladen sind.

§. 3.

Die ordentlichen Sitzungen werden jeden Monat wenigstens einmal, nach Maßgabe des vorhandenen Materiales auch mehrmals abgehalten.

Außerordentliche Sitzungen finden statt, wenn die zu beratende Angelegenheit schnelle Erledigung erheischt, oder wenn drei Mitglieder der Repräsentanz unter schriftlicher Angabe die Abhaltung einer Sitzung begehren.

Die Einladung zur Sitzung geht vom Präses aus.

§. 4.

Eine nicht in der geschäftsordnungsmäßig festgesetzten Weise einberufene Versammlung kann keine gültigen Beschlüsse fassen.

*

II. Abtheilung.

Von der Leitung der Geschäfte.

§. 5.

Die Leitung der Geschäfte liegt theils dem Präses, theils dem Kanzleidirector ob.

§. 6.

Der Präses vertritt die Cultusgemeinde nach Außen, ihm steht die Oberaufsicht über alle Cultusgemeindegemeinschaften zu, er führt in den Sitzungen der Repräsentanz den Vorsitz, leitet die Debatte, überwacht die Verfassung des Sitzungsprotokolls, verificirt dasselbe durch seine Unterschrift, fertigt die in der Sitzung erledigten Geschäftsstücke und beschlossenen Eingaben und approbirt die bezüglichen Concepte.

Für besondere Fälle können auch eigene Deputationen zur Vertretung der Cultusgemeinde bestimmt werden.

Zur Leitung der Kanzleigeschäfte wird ein Kanzleidirector gewählt, welcher das Concept- und Kanzleipersonale zu überwachen, in allen nicht zur Entscheidung der Sitzung gehörigen Angelegenheiten die Concepte zu approbiren, die betreffenden Acten zu fertigen, die Aufträge an die Cassa und die Depositenverwaltung zu ertheilen und das jeweilige Programm gemeinschaftlich mit dem Präses zu verfassen hat.

§. 7.

Der Präses und der Kanzleidirector so wie deren Stellvertreter werden auf die Dauer der Session, d. i. bis zur statutenmäßig theilweisen Erneuerung der Cultusgemeinderepräsentanz gewählt.

Die Functionen des Präses und des Kanzleidirectors sind Ehrenämter und können in einer Person vereinigt sein.

§. 8.

Zur Wahl des Präses und des Kanzleidirectors so wie deren Substituten ist die Anwesenheit von wenigstens zwölf Mitgliedern der Re-

präsentanz erforderlich. Die Wahl erfolgt durch absolute Stimmenmehrheit. Wird dieselbe bei der ersten Abstimmung nicht erzielt, ist die Wahlhandlung zu wiederholen; bleibt auch diese erfolglos, so wird zur engeren Wahl zwischen jenen Personen geschritten, welche bei der zweiten Abstimmung die größt relative Majorität für sich hatten.

Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das Loos.

III. Abtheilung.

Von den Sitzungen.

§. 9.

Die Sitzungen der israelitischen Cultusgemeinderepräsentanz sind öffentlich. Ausnahmeweise werden vertrauliche Sitzungen abgehalten, sobald für besondere Fälle die Öffentlichkeit durch Beschluß der Cultusgemeinderepräsentanz ausgeschlossen wird.

§. 10.

Der Präses hat für die Aufrechthaltung der Ruhe und insbesondere dafür zu sorgen, daß sich die Zuhörer jeder Meinungsäußerung so wie jeder Beifalls- oder Mißfallsbezeugung enthalten. Er kann den Zuschauerraum erforderlichen Falls räumen lassen.

§. 11.

Bei jeder Sitzung ist die Präsenzliste aufzulegen und von den erschienenen Mitgliedern der Repräsentanz zu fertigen.

§. 12.

Zur Beschlußfähigkeit der Versammlung ist in der Regel die Anwesenheit von sieben Mitgliedern einschließlich des Präses erforderlich.

§. 13.

Dem Präses kommt es zu, die Sitzungen zu eröffnen, in den ~~weiter unten bezeichneten außerordentlichen Fällen~~ zu unterbrechen, zu vertagen, so wie auch zu schließen.

§. 14.

Gegenstände der Verhandlung bei den Sitzungen der Cultusgemeinderepräsentanz sind:

- a. Gutachten, Äußerungen, Berichte und sonstige Eingaben, welche von der Cultusgemeinde resp. deren Repräsentanz an Behörden, Körperschaften oder einzelne Personen ergehen sollen.
- b. Die innern und äußeren Angelegenheiten der Cultusgemeinde überhaupt und jene ihres Vermögens insbesondere.
- c. Die von der Repräsentanz vorzunehmenden Wahlen jeder Art.
- d. Anträge von Mitgliedern.

§. 15.

Der Präses bestimmt die Reihenfolge der Verhandlungsgegenstände und zwar in der Regel nach der Einreichungszahl, wenn nicht durch die Dringlichkeit des Gegenstandes eine andere Reihenfolge geboten erscheint. Das Geschäftsprotokoll hat bei jeder Sitzung zur Einsicht der Repräsentanzmitglieder aufzuliegen.

§. 16.

Der Präses leitet die Verathungen und Wahlen, bringt die erörterten Gegenstände zur Abstimmung und formuliert die Beschlüsse. Der Präses kann sich auch bei der Debatte betheiligen, jedoch hat er erst nach allen Sprechern unmittelbar vor dem Schlußworte des Antragstellers oder Referenten das Wort, es sei denn, daß eine irrige Auffassung zu berichtigen wäre; er hat sich beim Beginne der Debatte jeder Präoccupation für eine bestimmte Meinung zu enthalten, daher der Präses die Verhandlung nicht damit beginnen darf, daß er seine Meinung zuerst vorträgt.

§. 17.

Der Präses erteilt denjenigen Rednern das Wort, welche sich dazu gemeldet haben und zwar in der Reihenfolge der Anmeldung. Niemand

darf das Wort ergreifen, ohne daß ihm dasselbe vom Präses erteilt würde.

§. 18.

Nachdem die Sitzung für eröffnet erklärt ist, wird zunächst das Protokoll der nächst vorhergegangenen Sitzung durch den Protokollführer verlesen, und nach vorgenommener Berichtigung genehmigt.

Nur diejenigen Repräsentanten, welche in jener Sitzung anwesend waren, deren Protokoll verlesen wird, dürfen zur Berichtigung des Protokolls Bemerkungen und Anträge vorbringen. Bereits gefaßte Beschlüsse können über Antrag eines Mitgliedes nur insofern abgeändert werden, als dieselben nicht bereits vollzogen sind, oder dritten Personen nicht ein Recht zugesprochen wurde; jedoch ist zu jeder Abänderung der in derselben Session bereits gefaßten Beschlüsse die Mehrzahl von $\frac{2}{3}$ der in der Sitzung anwesenden Repräsentanten erforderlich, und darf der Antrag nur dann zur Sprache gebracht werden, wenn derselbe im Sitzungsprogramm allen Cultusrepräsentanzmitgliedern mitgetheilt wurde; daher ein solcher Antrag niemals als Dringlichkeitsantrag eingebracht und behandelt werden kann. Ueber jene Gegenstände, welche in geheimer Sitzung berathen und entschieden wurden, wird der Protokollauszug nur dann in der öffentlichen Sitzung verlesen, wenn sich die Majorität der anwesenden Repräsentanten dafür entscheidet, sonst erfolgt die Verlesung, Berichtigung und Genehmigung dieses Theils des Protokolls nur wieder in geheimer Sitzung.

§. 19.

Nach vorgenommener Berichtigung des Protokolls theilt der Präses der Versammlung die geschehene Ausführung früherer Beschlüsse mit.

§. 20.

Jedes Mitglied der Repräsentanz hat das Recht Anträge zu stellen. Werden sie vor der Einladung zur Sitzung eingebracht, so sind sie noch in das Programm aufzunehmen. Ueber später vorgebrachte Anträge wird in der Sitzung ohne Debatte durch Majorität entschieden, ob sie noch in derselben Sitzung und in welcher Reihenfolge zur Verathung kommen sollen. Entscheidet die Majorität gegen die Dringlichkeit, so kommt der Antrag auf das Programm der nächsten Sitzung.

§. 21.

Nur ein wenigstens von einem Mitgliede unterstützter Antrag kann von dem Antragsteller entwickelt werden. Hiernach leitet der Präses die Debatte damit ein, daß er den ersten der vorgemerkten Redner aufruft.

§. 22.

Ueber Gegenstände, welche einem Comité oder Referenten zugewiesen wurden, beginnt die Debatte auf gleiche Art nach vorgetragenen Verichte.

§. 23.

Wer für oder gegen den Antrag oder den vorgetragenen Vericht zu sprechen wünscht, meldet sich beim Präses, welcher über die Anmeldungen eine Vormerkung zu führen hat. In einer und derselben Debatte darf Niemand mehr als zweimal das Wort ergreifen, es wäre denn, daß ihm die Versammlung durch Beschluß das Wort ertheilt.

§. 24.

Kein Redner darf in seiner Rede gestört, wohl aber kann derselbe wegen Abschweifens vom Gegenstande oder Ungebührlichkeit, jedoch nur von dem Präses, zur Sache oder zur Ordnung gerufen werden.

§. 25.

Jedem Mitgliede steht es frei, seine Vorträge abzulesen oder frei zu halten.

§. 26.

Ueber Antrag auf Schluß der Debatte ist durch absolute Stimmenmehrheit zu beschließen, und entscheidet sich die Versammlung für den Schluß, so können nur noch die eingeschriebenen Redner zum Worte zugelassen werden.

§. 27.

Wenn Niemand mehr über einen Verhandlungsgegenstand etwas zu bemerken hat, ist der ursprüngliche Antragsteller oder Referent berechtigt das Schlußwort zu nehmen.

§. 28.

Nach dem Schlußworte des Referenten oder Antragstellers wird zur Abstimmung geschritten.

§. 29.

Der Präses hat bei der Umfrage den Gegenstand so einfach und präzis zu fassen, daß von jedem Stimmgeber mit Ja oder Nein abgestimmt werden kann. Im Zweifel, welcher Antrag früher zur Abstimmung zu gelangen hat, entscheidet die Versammlung.

§. 30.

Glaubt ein Mitglied, daß der von ihm gestellte und von dem Präses Behufs der Abstimmung formulierte Antrag nicht gehörig aufgefaßt wurde, so kann er verlangen, daß die Frage mit seinen eigenen Worten zur Abstimmung gelange.

§. 31.

Jeder zu Protokoll gegebene Antrag ist vor der Abstimmung noch einmal vorzulesen.

§. 32.

Nur in der Sitzung anwesende Mitglieder haben das Stimmrecht, und können dasselbe nur persönlich ausüben. Niemand darf sich der Abstimmung enthalten.

§. 33.

Der Stimmgeber hat sein Votum einfach mit Ja oder Nein ohne Angabe irgend welcher Motive abzugeben.

§. 34.

Die Abstimmung geschieht in der Regel durch Händeaufheben. Entsteht über das Resultat der Abstimmung ein Zweifel, so muß die Gegenprobe durch Namensaufruf vorgenommen werden.

§. 35.

Solange nicht der Beschluß gefaßt ist, steht es jedem Mitgliede frei, sein früher gegebenes Votum abzuändern.

§. 36.

Jedem Botanten steht es frei, gegen einen gefaßten Beschluß einen Protest anzumelden, und später schriftlich motivirt einzugeben; jedoch muß die Anmeldung in derselben Sitzung erfolgen und die Ausführung dem Protokolle beigegeben werden.

§. 37.

Zur Gültigkeit eines Beschlusses wird die absolute Stimmenmehrheit der Abstimmenden gefordert; der Präses hat in der Regel nicht mitzustimmen, bei Stimmengleichheit entscheidet das Votum des Präses.

§. 38.

Zu Beschlüssen über Ausgaben, welche zwei Hundert Gulden übersteigen, über Anstellungen, regelmäßig wiederkehrende Auslagen und Ruhegehälter ist die Anwesenheit von wenigstens zwölf Mitgliedern mit Einfluß des Präses erforderlich.

§. 39.

Interpellationen an den Präses können erst nach geschlossener Verhandlung über sämtliche im Programme enthaltenen Gegenstände vor dem Schluß der Sitzung vorgebracht werden, und hat deren Beantwortung sogleich ~~oder mindestens~~ in der nächsten Sitzung zu erfolgen.

§. 40.

Der Präses hat die Sitzung zu schließen. So lange jedoch nicht alle Gegenstände des Programms verhandelt und entschieden sind, kann die Sitzung nur über Beschluß der Versammlung aufgehoben oder vertagt werden.

§. 41.

Gegenstände des Programms, welche aus dem im vorigen §. angegebenen Grunde in der Sitzung nicht entschieden worden sind, müssen in das Programm der nächsten Sitzung aufgenommen werden, und vor den später einlaufenden Geschäftstücken und Anträgen zur Verhandlung kommen.

§. 42.

Ueber die in der Sitzung zur Verhandlung kommenden Gegenstände wird ein Protokoll geführt. Dieses muß enthalten:

- a. Die Angabe der verhandelten Gegenstände.
- b. Die wörtliche Fassung der zur Abstimmung gebrachten Anträge.
- c. Die Namen der Antragsteller.
- d. Die formulirten und gefaßten Beschlüsse, ~~welche sogleich vorzulesen sind.~~
- e. Das Resultat der vorgenommenen Wahlen.

Im Protokolle ist die Ankunft sowie der Abgang der Mitglieder bei den betreffenden Verathungsgegenständen zu bezeichnen.

Das Protokoll hat auch das Votum der Minorität zu enthalten. Die Namen der Botanten dürfen in das Protokoll nur dann nicht aufgenommen werden, wenn es sich um Besetzungen oder persönliche Fragen handelt.

§. 43.

Das Protokoll ist vom Präses und vom Protokollführer zu fertigen.

§. 44.

Der Präses kann die Ausführung der Beschlüsse, wenn in der Sitzung nicht wenigstens 12 Mitglieder anwesend waren, sistiren, und an eine neuerliche Versammlung appelliren, jedoch hat der Präses die Sistirung in derselben Sitzung anzumelden, und ist sodann der Gegenstand längstens binnen 8 Tagen in einer neuerlichen Sitzung zu verathen und vorher aufs Programm zu stellen.

§. 45.

Die von der Repräsentanz der Cultusgemeinde an die Behörden abgehenden Berichte, Aeußerungen, Gutachten oder sonstige Eingaben sind als von der Repräsentanz der prager israelitischen Cultusgemeinde ausgehend zu bezeichnen und vom Präses zu fertigen.

Die Einsicht in die Concepte der Erledigungen steht jedem Mitgliede der Repräsentanz frei.

IV. Abtheilung.

Von der Zuweisung der Geschäfte.

§. 46.

Geschäftsstücke, welche nur eine einfache Anwendung bestehender Vorschriften in unzweifelhafter Weise bedürfen, erledigt der Kanzleidirektor selbst; die übrigen Gegenstände gelangen zur Verhandlung und Beschlußfassung der Kultusgemeinderepräsentanz und werden vor der Verhandlung in der Regel einem Referenten oder einem Verathungscomité zur Berichterstattung zugewiesen.

§. 47.

Bei minder wichtigen Angelegenheiten ernennt der Präses den Referenten, bei wichtigeren Angelegenheiten wird der Referent von der Versammlung gewählt. Die Versammlung kann statt des Referenten auch ein Verathungscomité einsetzen. Bei der Wahl des Referenten oder der Mitglieder des Verathungscomités entscheidet die relative Stimmenmehrheit.

§. 48.

Der Antrag auf Ernennung eines Referenten oder eines Verathungscomités kann auch während der Verhandlung über den betreffenden Gegenstand gestellt werden. Sobald dieser Antrag gestellt ist, wird über ihn ohne Zulassung einer weiteren Debatte abgestimmt.

§. 49.

Das Verathungscomité kann Sachverständige, welche nicht Mitglieder der Repräsentanz sind, zu seinen Verathungen zuziehen.

§. 50.

Der Bericht des Referenten oder der des Comités ist in der Sitzung vorzutragen, und falls derselbe schriftlich erfolgt, dem Sitzungsprotokolle als Beilage beizuschließen.

§. 51.

Wird der Gegenstand als nicht genügend erörtert und beleuchtet befunden, so kann er zur nachträglichen Ergänzung des Fehlenden dem Referenten oder dem Verathungscomité zurückgestellt oder einem neuen übertragen werden.

§. 52.

Wird das Referat binnen der von der Repräsentanz bestimmten Frist, oder falls hiezu keine Frist bestimmt wird, binnen drei Monaten nicht geliefert, so hat der Referent oder das Verathungscomité den Grund der Verzögerung schriftlich anzuzeigen.

§. 53.

Bei der Zutheilung der Geschäftsstücke ist auf eine möglichst gleiche Vertheilung zu sehen, damit nicht einzelne Repräsentanzmitglieder unverhältnißmäßig belastet werden.

V. Abtheilung.

Von den Wahlen.

§. 54.

Alle Wahlen, welche die Repräsentanz vorzunehmen hat, geschehen mittelst Stimmzettel. Jeder Versuch durch öffentliche Empfehlung eines zu wählenden Mitgliedes, durch Ausrufen eines Namens oder auf sonst eine Art eine Reclamation herbeizuführen, ist untersagt.

Von diesen Bestimmungen ist die im §. 48 vorgesehene Wahl des Referenten und Verathungscomités ausgenommen.

§. 55.

Die Stimmzettel dürfen keine Bedingungen enthalten und müssen die Namen der zu Wählenden bestimmt in deutlicher Schrift angeben, widrigenfalls sie bei der Zählung keine Beachtung finden. Vorgefundene unbeschriebene Stimmzettel machen die Wahl nicht ungiltig. Finden sich auf dem Stimmzettel mehr Namen als zu wählen sind, so sind die letzten Namen nicht zu zählen.

§. 56.

Bei allen Wahlen mit Ausnahme der nach §. 47 vorzunehmenden ist so vorzugehen, wie dies im §. 8 bei der Wahl des Präses bestimmt ist, insofern zur betreffenden Wahl die absolute Majorität nothwendig ist.

§. 57.

Das Scrutinium
Die Abgabe der Stimmzettel geschieht nach dem Namensaufruf. Das Zählen der Stimmzettel und das Aufzeichnen der Namen der Gewählten wird unter Leitung des Präses von 2 von ihm zu bestimmenden Scrutatoren sogleich vorgenommen.

§. 58.

Stimmt die Anzahl der Stimmzettel mit jener der anwesenden Stimmen nicht überein, so ist die Wahl zu wiederholen.

§. 59.

Scrutinium
Sobald das Ablesen und Aufzeichnen der Stimmzettel begonnen hat, darf von einem später kommenden Mitgliede der Repräsentanz kein Stimmzettel mehr angenommen werden.

§. 60.

Das Ergebnis der Wahl ist der Versammlung bekannt zu geben und in das Sitzungsprotokoll aufzunehmen.

§. 61.

Bleibt ein Mitglied der Repräsentanz ununterbrochen durch einen Zeitraum von 3 Monaten ohne genügenden Entschuldigungsgrund von den Sitzungen der Repräsentanz weg, so ist derselbe um seine Erklärung anzugehen, ob er aus der Repräsentanz auszutreten beabsichtige oder sich fortan an deren Sitzungen betheiligen wolle. Diese Erklärung muß binnen den nächstfolgenden 8 Tagen von dem Zustellungstage der Aufforderung, diesen mitgerechnet, erfolgen. Erklärt er sich für den Austritt oder gibt er gar keine Erklärung ab, oder nimmt er trotz der Erklärung, der Repräsentanz noch fernere angehören zu wollen, durch weitere 4 Wochen an den Berathungen gar keinen Antheil, so ist er als ausgetreten zu erklären und der nächste Ersatzmann einzuberufen.

§. 62.

Zur Verwaltung der Kultusanstalten bestehen eigene Commissionen und zwar vorläufig:

- a. Für das Spital eine Commission von 5 Mitgliedern, welche die Geschäfte unter sich nach Maßgabe ihres Organisationsstatutes vertheilt.
- b. Für das Waisenhaus 5 Mitglieder, welche nach Maßgabe des Statuts dieser Anstalt die Geschäfte dieses Institutes führen.
- c. Für die Talmud-Thoraschule aus 5 Mitgliedern, welche nach der bezeichnenden Instruktion zu handeln haben.
- d. Für die Armenverwaltung aus 5 Mitgliedern.
- e. Für die Steuerrepartition aus 18 Mitgliedern, welche nach der für sie bestehenden Instruktion verhandeln.

Der Präses ist in der Regel nicht Mitglied der Verwaltungskommissionen, es steht ihm jedoch frei, sich bei sämtlichen Commissionen zu betheiligen, auch haben die Verwaltungskommissionen den Präses der Repräsentanz von ihren Sitzungen zu verständigen.

§. 63.

Die Verwaltungsorgane werden für die Sessionsperiode, nämlich bis zur theilweisen Ergänzung der Repräsentanz durch Neuwahl mittelst relativer Majorität gewählt, und können dazu auch Gemeindemitglieder berufen werden, welche nicht in die Repräsentanz gewählt sind.

§. 64.

Nebst diesen ständigen Verwaltungsorganen können auch noch andere Commissionen für spezielle Zwecke gewählt werden, wobei der Modus des vorigen §. gilt.

§. 65.

Jedes Mitglied irgend einer Commission ist von der auf ihn gefallenen Wahl durch ein vom Präses zu fertigendes Dekret zu verständigen und hat der Präses die constituirende Sitzung einer jeden Commission einzuberufen, in welcher die Wahl des Obmannes der Commission vorzunehmen ist und sind dann von diesem alle Geschäfte zu leiten.

§. 66.

Ueber die Zahl der Commissionen, sowie über die Namen der Commissionsmitglieder und des Obmannes ist von der Kanzlei ein eigenes Verzeichniß zu führen, welches in jeder Repräsentanzsitzung aufzuliegen hat.

§. 67.

Zur Verwaltung des Cassa- und Depositenfesens wird ein Cassa-director und ein Cassakontrollor, sowie deren Substituten auf die Dauer der Session durch absolute Stimmenmehrheit gewählt.

VI. Abtheilung.

Schlußbestimmungen.

§. 68.

Ein Exemplar dieser Geschäftsordnung hat bei jeder Sitzung der Repräsentanz aufzuliegen.

§. 69.

Die Bestimmungen dieser Geschäftsordnung gelten nur für die gegenwärtige Sessionsperiode und können nur in einer Sitzung von wenigstens 9 Mitgliedern durch eine eminente Mehrheit von $\frac{2}{3}$ der anwesenden Repräsentanz ganz oder theilweise abgeändert werden, jedoch muß jeder darauf abzielende Antrag aufs Programm kommen und kann nie als Dringlichkeitsantrag behandelt werden.